



PRESSEMITTEILUNG

Nr.
09.06.2010

Genmais-Skandal – Landesregierung hätte Betriebe warnen müssen

Niedersachsen in der heutigen Sitzung des Agrarausschusses sagt der agrarpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Bernd Voß**:

Da sind Schleswig-Holsteins HändlerInnen, LandwirtInnen und VerbraucherInnen anscheinend noch mal mit einem blauen Auge davon gekommen. Der an schleswig-holsteinische Händler gelieferte Genmais wurde nach Angaben der Landesregierung direkt wieder außer Landes verkauft, nach Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Freuen kann man sich aber nicht darüber. Zumal die Firma Pioneer bereits verkündet hat, sie wolle keine Schadenshaftung übernehmen.

Die Landesregierung weist alle Verantwortung von sich und zeigt mit dem Finger auf die niedersächsischen Kollegen. Zwar ist es richtig, dass dort in unerhörter Weise geschlampt worden ist. Aber auch die Landesregierung hat durch Unterlassen die Betriebe des Saatguthandels und die Landwirte großen betriebswirtschaftlichen Risiken ausgesetzt. Am 27. April ist das schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium durch das niedersächsische Umweltministerium in Kenntnis gesetzt worden, dass zwei Proben positiv auf gentechnische Veränderung getestet worden waren. Warum hat das schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium daraufhin nicht umgehend die Saatguthändler im Land informiert und Firma, Sorte, Chargennummer der betroffenen Proben bekannt gegeben?

Auf unseren Antrag hin hat der Ausschuss beschlossen, im September eine Anhörung zur Gentechnik durchzuführen.

Kontakt

Bernd Voss (<http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/fraktion/dok/310/310894@de.html>)